



öffentlich

Betreff:

Transparenz von Prüfungsfeststellungen des RPA

Erstellungsdatum 13.03.2003

Eingang 02:

Einreicher: Stadtverordneter Kruczek

Beratungsfolge:		Empfehlung	Entscheidung
Datum der Sitzung	Gremium		
02.04.2003	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam		

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die zur Veröffentlichung bestimmte Kurzfassung des jährlichen Schlussberichtes des Rechnungsprüfungsamtes wird um eine Anlage mit Informationen zu besonderen Einzelfeststellungen ergänzt.

gez. Stadtverordneter Kruczek
Fraktion BürgerBündnis

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Entscheidungsergebnis

Gremium:

Sitzung am:

<input type="checkbox"/> einstimmig	<input type="checkbox"/> mit Stimmenmehrheit	Ja	Nein	Enthaltung
<input type="checkbox"/> Lt. Beschlussvorschlag		<input type="checkbox"/> Beschluss abgelehnt		
<input type="checkbox"/> abweichender Beschluss DS Nr.:				
<input type="checkbox"/> zurückgestellt		<input type="checkbox"/> zurückgezogen		

überwiesen in den Ausschuss:

Wiedervorlage:

Entscheidungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	
Gremium:	
Sitzung am:	
Beratungsergebnis:	

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Die seit vielen Jahren auf Verwaltungseffizienz und Haushaltskonsolidierung ausgerichteten Prüfberichte des RPA erreichen – gemessen an ihrer Aussagekraft und Solidität – nur sehr selten ein konsequentes Umsteuern im Verwaltungshandeln. Als Beispiel sei eine Formulierung aus dem veröffentlichten Schlussbericht von 1999 genannt, wonach das „Sport- und Bäderamt seine Mieteinnahmen und die Erstattung von Betriebskosten nicht in der gebotenen Konsequenz“ verfolgt hätten. Konsequenzen wurden daraus kaum gezogen, obwohl das RPA in seinem – allerdings nicht veröffentlichten Prüfbericht 10/99 – allein durch Stichprobenkontrollen 1,3 Mio. DM Verluste durch das Sport- und Bäderamt nachwies – ohne den Fall SVB 03!

Dagegen führte allein die öffentliche Diskussion zur sogenannten „GABI-Affäre“ nach zählbaren Verwaltungsreaktionen tatsächlich zu einer Abstellung der Mängel, obwohl es hierbei letztendlich um einen vergleichsweise geringen Schaden für die Stadt ging.